

Land der Gefangenen

Ruanda Es ist 25 Jahre her, dass 800 000 Menschen beim Völkermord getötet wurden. Präsident Kagame stellt seinen Staat als Ort des Fortschritts und der Gleichberechtigung dar – hinter der Fassade sieht es anders aus. *Von Cathrin Schmiegel und Maria Feck (Fotos)*



Aktivistin Rwigara in ihrem Elternhaus: »Einen Mord erwartet niemand«

Knapp vier Monate nachdem sie den mächtigsten Mann Ruandas herausgefordert hatte, betreten drei Polizisten in ziviler Kleidung das Büro der früheren Präsidentschaftsbewerberin Diane Shima Rwigara, schlichen sich an sie heran mit lautlosen Schritten und vorgehaltenen Pistolen. Sie wusch sich im Badezimmer die Hände, so erinnert sie sich heute. Sie schaute hoch, durch die geöffnete Tür, und wusste, dass sie nicht fliehen konnte, dass die Männer gekommen waren, um sie zu verhaften.

Ein Freund hatte sie zwei Tage zuvor noch gewarnt. In Ruanda gibt es immer wieder Berichte, dass Menschen verschwinden, deren Pläne kollidieren mit jenen des Präsidenten. Sie werden verhaftet oder entführt – oder sterben sogar, wie einst Diane Rwigaras Vater.

An dem Tag im Spätsommer 2017 führten die Polizisten Diane Rwigara und ihre Familie ab, sie brachten sie auf die Wache zum Verhör.

Diane Shima Rwigara, 37 Jahre alt, eine schlanke Frau mit scheuem Blick, erzählt diese Geschichte im März, Regenzeit, Anthrazitwolken türmen sich am Horizont. Sie sitzt in bodenlangem Kleid auf einem Rattanstuhl auf der Veranda ihres Elternhauses, das auf demselben Grundstück liegt wie ihres. Im Garten stehen Zierpflanzen, die Hecken sind akkurat gestutzt, im Hof parken sechs SUV auf Asphalt. Rwigara gehört zur Elite des Landes, es ist idyllisch hier. Doch eine Mauer mit Stacheldraht trennt das Grundstück von der Außenwelt.

Rwigara schirmt sich ab von der Hauptstadt Kigali da draußen, in der sie viele Unterstützer hat, die bei ihrer Wahlkampftour T-Shirts mit ihrem Gesicht trugen – die heute aber bei der bloßen Erwähnung ihres Namens die Stimme senken und sagen: »Kein Kommentar.«

»In Ruanda«, sagt Rwigara, »haben alle Angst.« Sie spricht den Satz mit fester Stimme. Sie ist vorsichtig geworden, lässt Journalisten nur hinter die Mauern ihres Grundstücks, wenn sie genügend über ihre Absichten erfahren hat. Immer, wenn sie über die schlimmsten Wochen ihres Lebens spricht, den Tod ihres Vaters, die Schmutzkampagne gegen sie, ihre Haft, ein Jahr und zwei Wochen lang, lacht sie auf, als färbe sie die Erinnerungen so ein wenig heller.

Hinter dem Schicksal ihrer Familie steht ein Mann, davon ist sie überzeugt: Paul Kagame, 61 Jahre alt und Präsident Ruandas seit fast zwei Jahrzehnten.

Rwigara ist eine der wenigen in Ruanda, die sich trauen, Kagame öffentlich zu kritisieren. Die meisten anderen fürchten ihn oder sind ihm dankbar dafür, dass er als Befehlshaber der Ruandischen Patriotischen Front (RPF) den Völkermord von 1994 beendet hat, der sich in diesem April zum 25. Mal jährt.

Der Beginn dieses Massakers, der 7. April, ist ein nationaler Feiertag. Überall im Land verteilen sich Gedenkstätten für die Opfer, für etwa 800 000 Menschen, die von April bis Juli 1994 starben, Tutsi vor allem und Hutu, die sich den Totekommandos entgegenstellten. Im Durchschnitt wurden jede Minute fünf Leben beendet in jenen 100 Tagen.

In der Hauptstadt steht das Kigali Genocide Memorial, dort liegen unter Rosenbüschen die Knochen von mehr als 250 000 Menschen begraben. Drinnen, in einem der Räume, hängen Fotos von den Opfern, aufgenommen bei Picknicken, in Fotostudios, auf Abschlussfeiern. Es gibt, in einem anderen Raum, Porträtfotos von Kindern, zwei, drei Jahre alt, fotografiert an unbeschwernten Tagen, bevor jemand ihren Schädel mit Macheten spaltete, ihren Körper an der Wand zerschmetterte oder sie mit Patronenkugeln durchsiebte.

und mindestens 30 Prozent der Politiker und öffentlichen Angestellten weiblich sein müssen. Dieses Dogma hat auch pragmatische Gründe: Auf jeden Mann, der den Genozid überlebte, kamen sieben Frauen. Ihnen blieb nichts anderes übrig, als das Land aufzubauen, als Witwen oder Waisen.

Heute sind 61 Prozent der Abgeordneten im Unterhaus weiblich, mehr als in jedem anderen Land der Welt. Dazu kommt das Recht, dass Frauen sich scheiden lassen dürfen und dass ihnen dann die Hälfte des gemeinsamen Besitzes zusteht.

Diese verordnete Einheit aller Ruander hat tatsächlich vordergründig Frieden geschaffen. Konflikte zwischen Hutu und Tutsi kommen nur selten an die Oberfläche, es ist schwer, jemanden zu finden, der über das Leid spricht, das er erlebt oder jemand anderem zugefügt hat.

Wenn man sich umsieht in der Hauptstadt Kigali, ist diese Vergangenheit nicht



Genozid-Gedenkstätte in Kigali: Auf jeden Mann, der überlebte, kamen sieben Frauen

Es sind Aufnahmen Zigttausend unvollendeter Biografien.

All diese Menschen starben wegen der Behauptung, dass es Unterschiede zwischen Ethnien gebe, dass jemand, der in seinem Pass »Hutu« stehen hatte, mehr wert sei als jemand, bei dem das Wort »Tutsi« eingetragen war.

Präsident Kagame verbietet es deshalb, öffentlich von Ethnien zu sprechen, und hat den Vermerk aus den Pässen löschen lassen. Statt sich auf die Unterschiede zu fokussieren, hat er eine Verfassung etabliert, in der jeder in Ruanda gleichberechtigt ist, zumindest auf dem Papier.

In Artikel 11 steht: »Alle Ruander sind gleich geboren und bleiben gleich in Rechten und Pflichten.«

Zu diesem Grundsatz zählt auch, dass Männer und Frauen gleichberechtigt sind

spürbar. Menschen sitzen mit Sneakern und Shirts der Marke Nike in Cafés oder verkaufen vor den Geschäften ihre Waren, SIM-Karten fürs Handy, Zeitungen, die sie als unabhängig bewerben, Baumwollkleider und Ohrringe aus Stoff. Die Frauen studieren an Universitäten, gründen Start-ups, werden Journalistinnen oder Neurochirurginnen und bringen Steuergelder nach Ruanda. Die Wirtschaft wächst, die Einschulungsrate beträgt nahezu 100 Prozent, und das Krankenversicherungssystem deckt fast alle Ruander ab.

Viele gepflegte Häuser sind zu sehen und in Form getrimmte Hecken, es wachsen Akazien mit gelben Blüten. Plastiktüten sind bereits verboten – und überall in Kigali bauen Männer neue Gebäude.

Für seine Reformen wurde Kagame 2018 beim »All Africa Business Leaders



Straßenszene in der Hauptstadt Kigali: Es ist schwer, jemanden zu finden, der über das Leid spricht, das er erlebt oder zugefügt hat

Award« ausgezeichnet zum »African of the Year«. Das Monatsmagazin »Forbes Africa« zeigte ihn auf der Titelseite – und auch im Westen loben viele die Fortschritte in Ruanda, manche nennen es gar das »Schweden Afrikas«. Ruanda ist scheinbar ein Wunderland – für die Wirtschaft und die Gleichberechtigung. Kagame ist sein Architekt. Er bietet Frieden, eine florierende Wirtschaft, einen gut funktionierenden Staat, eine für afrikanische Verhältnisse weitgehende Gleichberechtigung. Dafür verlangt er Gefolgschaft.

Doch wie glaubhaft ist diese Emanzipation von oben? Wie frei leben Menschen in einem Land, das regiert wird von einem, der die Opposition unterdrückt und jeden Widerspruch als Verrat an der Einigkeit verbieten lässt? Was in Kagames Wunderland ist echt?

Diane Shima Rwigara sitzt mit angezogenen Beinen auf dem Stuhl auf ihrer Veranda und sagt: »Egal, was Kagame tut: Er tut es, um dem Westen zu imponieren.«

Sie wurde 1981 hineingeboren in eine wohlhabende Familie, da lebte Paul Kagame im ugandischen Exil, weil es für Tutsi wie ihn schon damals nicht sicher war. Die Tutsi waren von den Belgiern zur Elite im Land gemacht worden, sie machen aber nur gut zehn Prozent der Bevölkerung aus. Viele von ihnen wurden nach dem Ende der belgischen Kolonialzeit 1962 verfolgt, vertrieben oder umgebracht. Der Bürgerkrieg begann Anfang der Neunzigerjahre,

als eine Tutsi-Armee, die Ruandische Patriotische Front (RPF), aus Uganda gegen die Hutu-Regierung vordrang. Weil die RPF militärisch überlegen war, planten Hutu-Extremisten als Antwort darauf schließlich die Auslöschung aller Tutsi.

Beim Beginn des Genozids war Rwigara zwölf Jahre alt. Viele aus ihrer Familie wurden ermordet, sie gehörten den Tutsi an. Sie selbst lebte mit ihren Eltern und ihren Geschwistern in Belgien, als die RPF unter dem Befehl Kagames erst von Norden her in den Osten und Süden, dann in den Westen Ruandas vordrang und ebenfalls Tausende Zivilisten tötete, um den Genozid im Juli zu beenden. Bis heute legitimiert Kagame seine autoritäre Herrschaft mit dem militärischen Sieg von damals.

Diane Rwigara sagt, sie sei erst zwei Jahre später zurückgekommen nach Ruanda. Damals war Kagame bereits Vizepräsident. Es schien ihr, als blickte jeder nur nach vorn und nie zurück, als habe es den Völkermord nie gegeben, in dem ihre Familie wie jene Kagames zu den Opfern zählte. Ruanda erschien ihr damals wie ein freies Land.

Der Tag, der Diane Rwigara vom Gegenteil überzeugen sollte, ist an ein anderes Datum geknüpft, den 4. Februar 2015 – den Abend, an dem ihr Vater starb.

Sie selbst war da gerade in den USA. Ihr Vater, das erfuhr Diane Rwigara am Telefon, sei mit dem Auto einen Hügel hinaufgefahren. Er überfuhr eine Schwelle

auf dem Boden, war zu schnell und kam, so heißt es offiziell, auf die Gegenfahrbahn. Da kollidierte sein Wagen mit einem Truck. In »The New Times«, einer regierungsnahen Zeitung, stand am nächsten Tag: »Geschäftsmann Assinapol Rwigara stirbt bei einem Unfall«. Diane Rwigara glaubt an einen Mord.

Ihre Mutter erzählte ihr, dass sie zum Unfallort gefahren sei. Der Vater habe zunächst noch gelebt. Sie habe einen Notarzt rufen wollen, doch die Polizei habe sie daran gehindert. Ihr Vater sei gestorben, weil ihm jemand, versteckt auf der Rückbank eines Streifenwagens, mit einem Messer in den Hals gestochen habe.

»Er hatte länger schon Probleme, weil er dem Präsidenten zu gefährlich wurde«, sagt sie auf der Veranda – wieder ist da dieses Lachen. »Doch einen Mord erwartet niemand.«

Assinapol Rwigara war ein reicher Tabak- und Immobilienunternehmer, in der Zeit des Bürgerkriegs soll er die Tutsi-Armee unterstützt haben. Später war er ein Nutznießer von Kagames Regime, er konnte seinen Reichtum und seinen Ruhm ausbauen. Doch dann soll er – so besagen Gerüchte – zu einer Gruppe von Geschäftsleuten und ehemaligen Militärs gehört haben, die wohl gegen Kagame revoltieren wollten. Viele von ihnen wurden umgebracht oder eingesperrt.

Der wahre Grund für den Tod ihres Vaters, sagt Diane Rwigara, seien seine Un-

ternehmen gewesen – ein Tabakhandel, eine Baufirma und ein Vertrieb für Seifen und Kartons. Ihr Vater habe sie nicht abgeben wollen an die RPF, die bis heute Ruandas Wirtschaft kontrolliert.

Nach dem Tod ihres Vaters gibt Diane Rwigara eine Pressekonferenz. Sie schreibt an Menschenrechtsorganisationen und an den Präsidenten, in dem sie ihn mit den Obduktionsergebnissen konfrontiert. Er antwortet ihr nicht.

Am 3. Mai 2017 verkündet sie, dass sie fürs Präsidentenamt kandidieren will und damit gegen einen antritt, der vielleicht für den Tod ihres Vaters verantwortlich ist.

Es dauert nur zwei Tage, dann tauchen Fotos im Internet auf, die angeblich sie zeigen, wie sie auf dem Sofa liegt oder vor einem geschlossenen Vorhang steht, sie trägt auf diesen Bildern keine Kleider. Rwigara sagt, die Aufnahmen seien unecht, mit Photoshop bearbeitet. Später heißt es, sie habe nicht genügend Unterschriften für eine Kandidatur, sie brauchte dafür 600 Stück.

»In Wahrheit«, sagt Rwigara, »hatte ich mehr als doppelt so viele.«

Am 14. Juli gründete sie das »People Salvation Movement« für Menschen, die aufstehen wollen gegen die Regierung.

Und obwohl sie nicht bei der Wahl antreten durfte, die Kagame mit fast 99 Prozent der Stimmen gewinnen sollte, wurde sie knapp zwei Monate später verhaftet.

Das ruandische Parlament steht im Stadtteil Kimihurura. Man sieht in seinen Mauern noch die 25 Jahre alten Einschussstellen, es gibt ein Museum, das Paul Kagame auf großen Bildtafeln zum Kriegshelden verklärt. Es ist ein Scheinparlament. Die Abgeordneten gehören der Regierungspartei RPF an oder einer Opposition, die den Präsidenten unterstützt.

Im Parlamentsgebäude sitzt an einem Freitagvormittag Ende März ein Teil jener Erfolgsgeschichte, die Kagame gern in der ganzen Welt verkündet, eine der 49 Frauen in der 80-köpfigen Abgeordnetenversammlung. Clarisse Imanirihho, 24 Jahre alt, ist die jüngste Parlamentarierin Ruandas. Sie sagt: »Mein größtes Vorbild ist Paul Kagame. Ohne ihn und seine Truppen ginge es keinem im Land so gut.«

Sie lehnt sich zurück in einem Ledersessel, eine Frau mit ernster Miene, die das Haar zu einem strengen Zopf gebunden hat. Wenn man sie zur aktuellen Politik befragt, egal zu welchem Thema, blickt sie auf ein DIN-A4-Blatt mit Notizen und antwortet mit einem lobenden Satz auf Kagames Regime: Zur Arbeitslosigkeit sagt sie, es gebe fast keine; zu den Forderungen der Jugend, die sei wunschlos glücklich; dazu, was sie selbst erreichen wolle, heißt es, sie eifere den Soldaten der RPF nach, die Ruanda be-

freien. Immer wiederholt sie einen Satz in abgewandelter Form: »In Ruanda sind alle Menschen gleich.«

Es gibt ein Wort für diese Haltung, die Paul Kagame propagiert und die Parlamentarier wie Imanirihho wiederkauen: »Rwandanness«.

Der Journalist und Professor Christopher Kayumba hat es in seiner Doktorarbeit beschrieben. Er, ein Mann in schwarzem Anzug, sitzt auf der Terrasse eines Cafés, als er es erklärt: Es benenne, was die Menschen von Ruanda angeblich ausmache – »ein Gemeinschaftsgefühl durch eine gemeinsame Nationalität«.

In seiner Arbeit zeichnet Kayumba den Weg Ruandas vom Genozid zu einem Land mit einem hohen Frauenanteil im



Autor Kayumba
Konflikte provoziert

Parlament nach. Er beschreibt, wie Kolonialmächte und ruandische Machthaber Konflikte zwischen den Ethnien provozierten. Er zeigt auf, wie Paul Kagame später alles dafür tat, diese vermeintlichen Unterschiede zu retuschieren.

»Kagame hat es illegal gemacht, über Ethnien zu reden«, sagt Kayumba im Interview. Er spreche nur noch über Gleichberechtigung. »Die Rolle von Frauen hat sich tatsächlich verändert. Sie haben Rechte, sitzen sogar im Parlament. Doch das Parlament hat in Ruanda keine Macht.«

Emanzipation dient Paul Kagame als Werbetafel. Er malt den Frauenanteil im Parlament in Neonfarben aus. Die Wahrheit, dass so eine Quote in einem unfreien Land wertlos ist, verblasst daneben.

»Nur weil niemand über ethnische Spannungen spricht«, sagt der Professor, »hat sich das Problem nicht aufgelöst.«

Am Tag, an dem Diane Rwigara verhaftet wurde, brachten die Polizisten sie auf die Wache. Jeden Tag, erzählt sie, wurde

sie verhört, fünf, sechs, sieben Stunden lang, einen ganzen Monat.

Im September dann kamen Rwigara, ihre Schwester und ihre Mutter ins Gefängnis. Zunächst verhaftet wegen Steuerhinterziehung, wurden sie angeklagt wegen Aufwiegelung zum Aufstand.

Dort schoren die Wärter Rwigaras Kopf, gaben ihr Gefängniskluft, ein rosafarbenes Kleid, steckten sie in eine Zelle mit zwei Betten, einem Waschbecken, einer Toilette. Sie teilte sie sich mit fünf anderen Frauen.

»Im Gefängnis«, sagt Rwigara auf ihrer Veranda, »ist es wie auf einem Friedhof für die Lebenden.« Den Satz hat sie von einer Mitinsassin aufgeschnappt, eingesperrt wegen Abtreibung, die hier weitestgehend verboten ist.

Diane Rwigara freundete sich mit vielen der Frauen an, die nach Tagen oder Wochen ausgetauscht wurden gegen andere. Sie merkte bald, dass sie Rwigara ausspionieren sollten. So wollte die Regierung, das erzählt sie, endlich etwas über das People Salvation Movement erfahren. Sie sagt, sie habe geschwiegen.

Erst ein Jahr und zwei Wochen später wurde sie auf Kaution entlassen, gemeinsam mit ihrer Mutter. Die Anschuldigungen wurden wenig später fallen gelassen. Rwigara sagt, ihre Entlassung sei nur auf Druck aus dem Ausland hin erfolgt, weil Medien und Menschenrechtsanwälte sie als politische Gefangene bezeichneten.

Auf ihrer Terrasse sagt Diane Rwigara, sie wolle weitermachen, sie habe keine Angst davor, wieder verhaftet zu werden. »Es gehört zum Leben einer Oppositionellen, dass sie eingesperrt oder getötet wird.«

Sie will das People Salvation Movement wiederaufbauen. Und 2024, wenn es erneut Wahlen geben wird für das Amt des Präsidenten, will sie antreten, vielleicht. »Wofür lohnt es sich sonst für mich zu leben?«, sagt sie. »Der Alltag in Ruanda fühlt sich doch auch an wie eine Haftstrafe.«

Im Parlament studiert die Abgeordnete Clarisse Imanirihho ihre rot lackierten Fingernägel.

Trotzdem eine letzte Frage: »Was soll sich verändern für Frauen? Das Abtreibungsgesetz?«

Imanirihho lacht, das erste Mal nach einer Stunde Interview und immer gleichen Antworten, sagt: »Kein Kommentar.«

Dann: »Alle lieben Ruanda so, wie es ist. Hier sind wir alle frei.«

Video
»Das große Gefängnis
namens Ruanda«

spiegel.de/sp152019ruanda
oder in der App DER SPIEGEL

